



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0886890

P/XVI/118 - 29. Mai 1961

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Fehlanzeige und Doppelspiel</u> Zu Adenauers Rede in Hamburg Von Winter Markscheffel	95
3	<u>Die Polizei und der Rechtsstaat</u> Eine aufschlussreiche Diskussion	38
4 - 5	<u>Bürgerkrieg über Kuba</u> Der Kampf um Kuba und die USA Von unserem Korrespondenten in Lateinamerika, Max Diamant	110
6	<u>In alter Zusammensetzung</u> Bund der Vertriebenen - keine Feinstätte für Extreme	34
7	<u>Canoses - nicht Koalition</u> Wohin geht die FDP?	35

* * *
* *

Fehlanszeige und Doppelspiel

Zu Adenauers Rede in Hamburg

G.M. - Mehrere Tage vor dem Auftreten Adenauers in Hamburg hatte man geflüstert: Der Bundeskanzler wird sich das Regierungsprogramm der SPD vornehmen und es "zur Schrocke machen". Reporter und Paladine spitzen die Bleistifte, Bandaufnahmegeräte wurden auf Hochglanz poliert - aber nichts geschah. Es steht jetzt fest, dass die CDU eisern entschlossen ist, die sachlichen Forderungen des sozialdemokratischen Regierungsprogramms nicht zu beantworten, geschweige denn auf sie sachlich einzugehen. Das ist die erste grosse Fehlanszeige in der nunmehr begonnenen Auseinandersetzung der Parteien zur Bundestagswahl.

Wir freuen uns nicht darüber. Der Demokratie in Deutschland würde es besser bekommen, wenn der Chef der Regierungspartei und der Regierung die Forderungen der grössten Oppositionspartei in einem offenen Gespräch vor den Volke diskutieren würde. Die Tatsache, dass Adenauer dies nicht tut, ist wohl auf sein Unvermögen zurückzuführen, überhaupt sachlich miteinander diskutieren zu können.

Dafür redet der alte Mann jedoch von Atomhaubitzen, die wir unbedingt haben müssten. Hier zeigt sich das ganze Ausmass seiner Unaufrichtigkeit. Als Adenauer vor kurzem mit Kennedy in den USA zusammentraf, hat er sich getraut, dieses Thema anzusprechen, wohl wissend, dass die Diskussion über die Frage der Bewaffnung der einzelnen Mitglieder der westlichen Verteidigungsgemeinschaft noch nicht einmal in den USA abgeschlossen ist.

Und am 28. August 1959 schrieb Adenauer sogar an Chruschtschow:

"Nach meiner Überzeugung muss daher das vornehmste Ziel der Politik eines jeden Staatsmannes, gleichgültig wo er steht, sein, eine kontrollierte Abrüstung nuklearer und konventioneller Waffen herbeizuführen, dort wieder anzufangen, wo man im August 1957 in der Unterkommission der UNO in London aufgehört hat, und diese Verhandlungen, die keinen schlechten Vorlauf zu nehmen schienen, zu einem erfolgreichen Abschluss zu bringen. Die Grösse eines Staatsmannes liegt nicht darin, das Schwert der Verrichtung vorzubereiten, seine Grösse besteht darin, die Wohlfahrt eines Volkes zu fördern und bei den engen wirtschaftlichen Zusammenhängen aller Völker auf der Erde damit auch dem Ganzen zu dienen".

Aber hier zu Hause, wo ihn niemand direkt widersprechen kann, wo er der öffentlichen Diskussion im Fernsehen ausweicht, hier redet der Kanzler als Vorsitzender der Unionspartei grosse Töne und tut so, als ob die Bundesrepublik der Nabel der Welt wäre.

Wer die letzten Nachrichten über die Vorbereitungen zum Gespräch

zwischen Kennedy und Chruschtschow in Wien aufmerksam verfolgt, der weiss sehr wohl, wie behutsam alle auch unsere Schicksal betreffenden Fragen behandelt werden müssen. Jedes Wort zuviel ist in dieser Situation von Übel. Unser derzeitiger Regierungschef jedoch tut so, als könne das deutsche Rasseln mit den schrecklichsten Waffen den Gang der Weltgeschichte beeinflussen. Er tut so, als wüsste er nicht ganz genau, dass die von ihm in Hamburg wieder aufs Tapet gebrachte Frage nicht in Bonn und erst recht nicht in Hamburg, sondern in Washington und -wenn man so will- auch in Moskau entschieden wird.

Vielleicht fragt sich der unefangene Zeitgenosse, warum denn Adenauer überhaupt jetzt von diesen Dingen spricht, die nicht in Deutschland entschieden werden, und am allerwenigsten bei der Bundestagswahl. Es gibt zwei mögliche Antworten darauf: Entweder ist sich der alte Herr der Konsequenzen seiner ins Blaue hinein gehaltenen Reden über die atomare Rüstung nicht mehr bewusst, oder er denkt, dass sein hohes Alter ihn von der Verpflichtung befreit, die Konsequenzen einer Politik tragen zu müssen, die er dem deutschen Volk vorschlägt. Denn was jetzt an Porzellan zerschlagen wird, was eine Erhöhung der Spannungen zwischen Ost und West an z u s ä t z l i c h e r Unsicherheit für das deutsche Volk mit sich bringt, hat nicht die Generation der Achtzigjährigen, sondern haben die folgenden Generationen in Ordnung zu bringen - wenn sie das denn überhaupt noch in Ordnung bringen können!

Wir, die wir nicht unefangen sind, sagen ganz offen: Adenauer ist nicht so primitiv oder gar unbedarft, um nicht zu wissen, dass seine Rede in Hamburg die vorsichtigen Versuche Kennedys, in Wien das internationale Gespräch wieder in Gang zu bringen, belasten kann.

Die Deutsche Sozialdemokratie stellt dem gegenüber ihren von Willy Brandt am 28. April im Regierungsprogramm verkündeten Satz entgegen:

"Die neue Bundesregierung wird eigene Vorschläge zu einer gleichwertigen und kontrollierter Abrüstung machen. Verteidigungsbereitschaft und Rüstungskontrolle sind die beiden Säulen unserer unteilbaren Sicherheit. Die neue Bundesregierung wird sich innerhalb des Bündnisses gegen die Gewährung der Verfügungsgewalt über atomare Waffen an weitere Staaten aussprechen. Sie wird das Doppelspiel in der Frage der Atomwaffen beenden und jeden Verdacht beseitigen, dass die Bundesrepublik auf diese Weise an Gewicht gewinnen will".

Niemand weiss, was uns als Deutschen - f e n s e i t s aller Auseinandersetzungen im Bundestagswahlkampf! - bevorstehen mag. Und doch ist es sicher, dass unser Schicksal als Nation nicht dadurch verbessert werden kann, dass unsere derzeitige Regierung das zwischen Ost und West glimmende Feuer schürt, sondern von sich aus mit Unacht inner wieder neue Ansätze zur Fortsetzung des seit der Pariser Gipfelkonferenz praktisch abgebrochenen Gesprächs zwischen Ost und West aufspürt. Wer anders handelt und redet, treibt ein gefährliches Doppelspiel.

Die Polizei und der Rechtsstaat

sp- Es war ein strahlender Sonnenschein, und der Rhein zeigte sich von seiner schönsten Seite, als dieser Tage auf dem Dampfer "Rüdesheim" ernste Themen zur Debatte standen. Eingeladen hatte die Gewerkschaft der Polizei zu einem freimütigen und offenen Gespräch über manche Probleme, die den Polizisten heute zu denken geben. Es ging auf den ersten Blick nur um technische Fragen: um die Ermittlungsarbeit der Kriminalpolizei, um das Zusammenwirken von Bundeskriminalamt und Interpol, um den Ausbildungsstand der Polizei schlechthin und die föderative Struktur des Polizeiaufbaus mit ihren Licht- und Schattenseiten. Aber unversehens glitt das Gespräch immer wieder hinüber vom Detail zur grundsätzlichen Frage, und es zeigte sich, dass die Polizeibeamten ihren Beruf mit einem kritischen Ernst betrachten, der oft genug zu Unrecht in Zweifel gezogen wird.

Denn auch die Polizei hat in den vergangenen Jahrzehnten deutscher Geschichte ihre bitteren Erfahrungen machen müssen, die ihr rechtsstaatliches Bewusstsein, ihre Empfindlichkeit gegenüber jeder Zumutung, ihren Widerstand gegenüber allem, was mit dem Beruf des Polizeibeamten unvereinbar erscheint, erheblich gesteigert haben. Es war besonders der temperamentvolle und bedegewaltige Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, der immer wieder ein scharf umrissenes Bild der polizeilichen Aufgaben und ihrer Grenzen entwarf. Die unstrittene und schwerwiegende Frage des Gebrauchs der Schusswaffen, der Widerstand der Gewerkschaft gegen die Granatwerfer in den Kasernen der Bereitschaftspolizei und nicht zuletzt die ernsten Probleme, die eine Notstandsregelung für die Polizeibeamten aufwirft, waren für ihn Ansatzpunkte, um ein Bekenntnis zur Unantastbarkeit der rechtsstaatlichen Grundsätze abzulegen.

Unter seinen Zuhörern gab es manche Stimme, die diese Haltung als allzu dogmatisch empfand. Es wurden Bedenken laut, dass innere Unruhen die Polizei unvorbereitet finden könnten, wenn die Beamten sich einer allzu engen Auslegung ihrer Aufgaben hingeben würden. Aber diese Einwände gingen an der Tatsache vorüber, dass noch vieles geschehen kann, um die Schlagkraft der Polizei zu erhöhen und zusammenzufassen, ohne ihre aus bitteren Erinnerungen geborene Grundhaltung zum demokratischen Staat anzutasten. Die Entschiedenheit, mit der der GdP-Vorsitzende Kuhlmann sich für die 85 000 Mitglieder seiner Gewerkschaft zu diesem Staat bekannte, konnte daher nachdrücklicher und bewundernswerter nicht sein.

Bürgerkrieg über Kuba

Von Max Diamant

Mitten in der militärischen Phase des kubanischen Debakels hat Kennedy als erster die ernste Frage nach den politischen Konsequenzen dieser Niederlage gestellt. Bevor noch in der alarmierten nordamerikanischen und lateinamerikanischen Öffentlichkeit die sofort einsetzende Diskussion nach den eigentlichen und wahren Schuldigen dieser Niederlage voll auflodern konnte, hat der neue USA-Präsident mit grosser Festigkeit der Debatte eine andere, eine mehr sinnvolle und wirklich vordringliche Richtung gewiesen: als erste Schlussfolgerung müsse sofort eine sachliche und gewissenhafte Bestandsaufnahme erfolgen, bei der alle Faktoren und Elemente des Kampfes um Kuba einer neuen Prüfung und einer entsprechenden neuen Bewertung unterzogen werden.

Dabei hat offenbar Kennedy gar nicht den keineswegs unwichtigen taktischen Gesichtspunkt als entscheidend vorangestellt, dass man in einer kritischen Situation vorhandene innere Meinungsverschiedenheiten und sachliche Gegensätze möglichst anders austragen solle als in der Form leidenschaftlicher Diskussion - weil in einer solchen Diskussion unvermeidlich die Gegensätze sich noch weiter zuspitzen und im Ergebnis eventuell eine grössere allgemeine Desorientierung, eine grössere Schwächung oder auch Lähmung bewirkt wird. Kennedy hat auch nicht den geringsten Versuch unternommen, um im Stil seines Vorgängers der unangenehmen politischen Situation so auszuweichen, dass man die eingetretene Niederlage entweder halb leugnet oder ihre Bedeutung verkleinert. Kennedy hat selbst die Gesamtverantwortung auf seine Schultern übernommen. Die Repräsentanten der unmittelbar federführenden Regierungsstellen, des Intelligence Service und der Admiralität, wurden von Kennedy weder belastet noch angeklagt, sondern als Beteiligte in den präsidentiellen Untersuchungsausschuss berufen, um zusammen mit den besonderen Vertrauensmännern des Präsidenten und angeführt von einem Wissenschaftler in einem paritätischen und überparteilichen Gremium die bisherigen Zusammenhänge und die besten Änderungsverschlüsse zu untersuchen.

Gefangener der früheren Regierungsmaschine?

In impulsiver Art ist dieses Vorgehen Kennedys von manchem Lateinamerikaner mit der Feststellung kommentiert worden, jetzt sei der Beweis erbracht, dass der neue Präsident nicht nur bei der ganzen abenteuerlichen Landungsaktion, sondern auch nach ihrem Fiasko ein Gefangener der militärischen und politischen Scharfmacher der früheren Regierungsmaschine sei und bleibe. Abgesehen von der verständlichen Bitterkeit, übersieht aber dieser Vorwurf ganz offensichtlich, dass in einer funktionierenden Demokratie, die nicht nur eine formale Demokratie ist, vorhandene Differenzen und Gegensätze nicht einfach eskamotiert werden können und auch nicht durch eine Anweisung des Präsidenten und Regierungschefs aufgehoben werden. Mit voller Wucht hat Kennedy in dieser Krise zu spüren bekommen, wie kompliziert und schwierig es ist, gleichzeitig der politische Führer der Nation zu sein und als Bonokrat eine Regierung zu präsidieren, die den wirkenden Kräfteverhältnissen nach notwendigerweise die vorhandenen Interessenkämpfe, Meinungsverschiedenheiten und Gegensätze und auch ein grosses Stück der nachwirkenden "nationalen Kontinuität" widerspiegeln muss. Umso mehr ist es, als eine beachtliche politische Leistung Kennedys zu werten, dass er es verstanden hat, die Krise um Kuba besonders in der Öffentlichkeit des eigenen Landes und Lateinamerika so dramatisch und so nachhaltig zum Bewusstsein zu bringen, dass sich daraus stattdessen ein verstärkter Impuls für seine mobilisierenden Parolen und für seine revolutionisierenden sozialökonomischen Sofort-Projekte in Lateinamerika ergeben muss. Bei der ersten grossen Bewährungsprobe dieser

Krise, die auf ihn als Erbe zukam, hat der junge Präsident seine Kraft bewiesen, sich nicht durch einen bestimmten oder vorbestimmten Lauf der Ereignisse weitertreiben zu lassen, sondern selbst besonnen und aktiv die Richtung zu markieren.

Vorurteile fallen

Seit dem politischen Debakel der April-Tage ist es auf dem ganzen amerikanischen Kontinent zum erstenmal stärker ins Bewusstsein getreten, dass das Drama des Kampfes um Kuba und die Krise Lateinamerikas in keiner Weise etwa eine gespenstische Übertreibung ist. Seitdem wird auch mehr und mehr verstanden, dass der Kampf um Kuba ein Stück Vorentscheidung des Kampfes um Lateinamerika darstellt. Weil Kuba und Lateinamerika immer mehr zu entscheidenden neuen Kraftfeldern des weltpolitischen Ringens werden, tritt auch in Nordamerika und in Westeuropa immer mehr die bisherige verständnislose Betrachtungsweise zurück, die in diesen Gebieten vor allem die gewinnbringenden Märkte, die exotische und zerklüftete Landschaft, die bizarr-rückständigen Verhältnisse und die vulkanischen Reaktionen ihrer Menschen registrieren wollte.

Bis zur politischen Exposition in Kuba, bis zum offenen Ausbruch der Krise in Lateinamerika und endlich bis zum politischen Aufstieg Kennedys, weigerte man sich draussen in der Welt beharrlich, die "exotischen" Probleme des stets unruhigen lateinamerikanischen Kontinents wirklich ernst zu nehmen. Für das Gros unserer grossen und anscheinend so selbstsicheren konservativen Führer und Manager, die in Wirklichkeit nur starr und stur sind, blieb Kuba und Lateinamerika bis in die allerjüngste Zeit als gesellschaftlicher Begriff nicht viel mehr als eine altbekannte und konstante Schablone. Trotz aller neuartigen und tiefgehenden Veränderungen nach dem zweiten Weltkrieg, trotz aller sozialer Gärung, trotz aller Sturmsignale, blieben die tonangebenden "Praktiker" der vielen Sparten dabei, dass Unruhe und Unsicherheit eine traditionelle Begleiterscheinung und darum ein unvermeidliches Risiko bei allen Arten lateinamerikanischer öffentlicher und geschäftlicher "buisenes" sei, ja dass latente Unruhe gewissermassen die normale lateinamerikanische Baseline ausdrücke. Selbst wenn der Pendel immer wieder nach der einen oder anderen Seite ausschlägt, könne man das keineswegs tragisch nehmen.

Absage an konservative Grundsätze

Kennedys Regierungsprogramm war in bezug auf Lateinamerika, genau so wie in der inneren Sozialpolitik, vom ersten Tag an eine grundsätzliche Absage an die konservativen Maximen. Ohne die "Schuldfrage" aus der Vergangenheit und den Grad der Mitschuld der USA an der "Unterentwicklung" Lateinamerikas aufzuwerfen, ist mit Kennedy zum erstenmal ein USA-Präsident an Werk, der die heutigen lateinamerikanischen Probleme in erster Linie als drängende sozialökonomische Entwicklungsfragen sieht.

Kennedys grosse politische Chance in Lateinamerika ist, dass er als erster das Primat der sozialökonomischen Entwicklungsfragen als Basis einer neuen Art inneramerikanischer Beziehungen proklamiert hat und dass er gleichzeitig intensiv dabei ist, eine gesamtamerikanische Partnerschaft als eine neue "Allianz des Fortschritts" sowohl für ein unmittelbares Startprogramm wie für einen umfassenden zehnjährigen sozialökonomischen Entwicklungsplan in Gang zu bringen. Inzwischen weiss man, dass die Landungsaktion ein Torpedo gegen Kennedy und seine lateinamerikanische Politik war. Kennedys politischer Kredit wurde dazu verwandt, eine "Tasch berechnete" Aktion zum Ablauf zu bringen, die seit einem Jahr angelaufen war und vorbereitet wurde. Inwieweit hier bewusste politische Absicht im Spiel war, wie Kennedys stellvertretender Innenminister antwortete, oder "nur" blinde und unpolitische Routine, dürfte sich im Laufe der Untersuchung herausstellen.

In alter Zusammensetzung

ler. - Mit einiger Spannung hat die politisch interessierte deutsche Öffentlichkeit der Neuwahl des Vorstandes des Bundes der Vertriebenen entgegengesehen. Der Bund vereint als Spitzenorganisation der Vertriebenenverbände über zweieinhalb Millionen Mitglieder, ist demnach die nach den Gewerkschaften zahlenmäßig zweitstärkste Organisation in der Bundesrepublik. Nur nach schweren Geburtswehen kam seinerzeit der Zusammenschluss zustande. Der Bund verkörpert ein beachtliches politisches Gewicht, und es hat in früheren Jahren nicht an Bestrebungen gefehlt, dieses Gewicht zugunsten einer Partei oder einer Gruppe in die Waagschale zu werfen. Mit der Zeit gewannen die besonneneren Kräfte in den Vertriebenenverbänden die Oberhand, was sich auch diesmal wieder in der fast einstimmigen Wahl des CDU-Abgeordneten K r i g e r zum Präsidenten der Bundesversammlung ausdrückte. Als einer der Vizepräsidenten erhielt das Mitglied der sozialdemokratischen Mannschaft, der Bundestagsabgeordnete Wenzel J a k s c h 62 von 104 Stimmen, ein schöner Beweis des Vertrauens, das dieser Mann sich bei den Vertriebenen erworben hat. Die übrigen drei Vizepräsidenten wurden ebenfalls wiedergewählt. Die Wiederwahl des bisherigen Vorsitzenden und seiner Stellvertreter bedeutet eine klare Absage aller Versuche, die Einheit und die politische Zielsetzung des Bundes durch Experimente in Frage zu stellen. Der Bund kann nur bestehen und eine befruchtende Wirksamkeit entfalten, wenn ihm parteipolitische Auseinandersetzungen erspart bleiben.

Der bevorstehende Wahlkampf stellt an die Einheit gewiss große Anforderungen; es zeigte sich jedoch auf der Bundesversammlung in Bad Godesberg, dass das Bemühen, den inneren Zusammenhalt zu wahren, stärker ist als die Versuchung, eine politische Gruppierung gegen die andere auszuspielen. Natürlich reichen die parteipolitischen Einflüsse in die untersten Gliederungen der Verbände hinein, der Bund selbst, will er funktionsfähig und Sammelstätte der Vertriebenen bleiben, muss jedoch nicht in den Parteien, sondern darüber stehen. Die Delegierten auf der Bundesversammlung haben nach diesem Gebot gehandelt, sie wählten wieder Männer an ihre Spitze, die die Gewähr für eine harmonische, sich an übergeordneten nationalpolitischen Aufgaben orientierende Zusammenarbeit bieten.

Canossa - nicht Koalition

o.k. Dass der Liberalismus eine zu ernste Sache ist, um sie allein den Liberalen zu überlassen, scheint in diesen Lande nur Erich Mende nicht einsehen zu wollen. Gerade in den letzten Wochen hat der FDP-Vorsitzende manchen Beweis dafür geliefert, in welcher schmerzlichen Distanz zu Friedrich Kaumann er leben muss, den er doch immer wieder als geistigen Anhehn okkupiert. Daher mag es kommen, dass sich die Freien Demokraten ständig von geistigen Dieben umgeben fühlen, die ihnen ihre geheiligten Grundsätze gestohlen haben.

Solche ideologischen Fähdungsbriefe hat Mende in letzter Zeit besonders gern hinter den Sozialdemokraten hergeschickt. Am Wochenende musste er sich indessen von dem CDU-Abgeordneten Müller-Hermann sagen lassen, dass die Freien Demokraten besser in anderer Richtung nach ihren verschwundenen Geistesgütern suchen sollten. In schöner Offenheit bekannte der Christdemokrat, das "gesunde liberale Erbe" sei von der CDU aufgesogen worden. Müller-Hermann, der sonst als Verkehrsexperte mehr mit Sackgassen und Einbahnstrassen zu tun hat, weiss geistesgeschichtlich sehr fein zwischen dem Liberalismus des 19. Jahrhunderts und dem des 20. Jahrhunderts zu unterscheiden. Der eine gehört der FDP, der andere der CDU.

Nun sind das, wenn man es recht betrachtet, sehr merkwürdige Diskussionen zwischen zwei Parteien, die sich doch schon halb und halb als Koalitionspartner fühlen, als habe der Wähler gar nichts mehr zu melden. In Erich Mendes Träumen, die sich doch schon zu einem Koalitionsausschuss und manchen Ministerposten drehen, muss es erheblich geblitzt haben. Vielleicht ist ihm und manchen seiner Parteifreunde schlagartig klar geworden, dass der FDP in einer Koalition mit der CDU kein anderes Schicksal bestimmt sein kann als das vergangener Zeiten. Denn Müller-Hermann mag noch so hochtrabend Ideologie sortieren - er kann doch nicht verbergen, was in Wahrheit hinter seinen Angriff auf die FDP steckt: der Versuch, einen Koalitionspartner auf die Knie zu zwingen, bevor er überhaupt Koalitionspartner ist. Schon heute soll die FDP, die noch nicht weiss, wie sie überhaupt in den vierten Bundestag gelangen wird, zum willerlosen Mitläufer degradiert werden. Vielleicht können solche bitteren Erkenntnisse Erich Mende dabei helfen, wohl nicht den Liberalismus, vielleicht aber den gesunden Menschenverstand wiederzufinden.